
S 10 RJ 145/03

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land	Nordrhein-Westfalen
Sozialgericht	Sozialgericht Düsseldorf
Sachgebiet	Rentenversicherung
Abteilung	10
Kategorie	Urteil
Bemerkung	-
Rechtskraft	-
Deskriptoren	-
Leitsätze	-
Normenkette	-

1. Instanz

Aktenzeichen	S 10 RJ 145/03
Datum	03.06.2004

2. Instanz

Aktenzeichen	L 8 RJ 81/04
Datum	-

3. Instanz

Datum	-
-------	---

Die Klage wird abgewiesen. Kosten sind nicht zu erstatten.

Tatbestand:

Zwischen den Beteiligten ist streitig, ob das Altersruhegeld des Klägers nach den Vorschriften des Gesetzes zur Zahlbarmachung von Renten aus Beschäftigungen in einem Ghetto (ZRBG) neu zu berechnen ist.

Der am 00.00.0000 in Lodz/Polen geborene Kläger ist Verfolgter des Nationalsozialismus. In Lodz war er u.a. im Schneiderressort während der Verfolgungszeit tätig.

Am 23.12.1991 beantragte der Kläger bei der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte (BfA) die Gewährung eines Altersruhegeldes. Auf diesen Antrag gewährte die hier beklagte Landesversicherungsanstalt Rheinprovinz an die der Vorgang zwischenzeitlich zuständigkeitshalber abgegeben worden war mit Bescheid vom 09.08.1999 ein Altersruhegeld beginnend ab 01.12.1991. Dabei erkannte die Beklagte u.a. Zeiten vom 01.12.1933 bis 05.05.1945, zum Teil als Pflichtbeitragszeiten, zum Teil als Ersatzzeiten an. Mit weiterem Bescheid vom

10.07.2001 berechnete die Beklagte das Altersruhegeld des Klägers neu, beginnend ab 01.01.1997.

Am 15.07.2002 beantragte der Kläger bei der Beklagten, seine Rente neu festzustellen. Die Rente sei nach dem Gesetz zur Zahlbarmachung von Renten aus Beschäftigungen in einem Ghetto (ZRBG) auf der Grundlage der bereits anerkannten Versicherungszeiten "voll zu zahlen".

Diesen Antrag lehnte die Beklagte mit Bescheid vom 09.12.2002 ab. Der begehrten Neufeststellung der Rente stände die Vorschrift des [Â§ 306](#) Sechstes Buch Sozialgesetzbuch (SGB VI) entgegen.

Dagegen erhob der Kläger Widerspruch. Das ZRBG selbst verbiete weder eine Neufeststellung noch enthalte dieses Gesetz Übergangsvorschriften. Das ZRBG ergänze aber das Gesetz zur Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts (WGSVG), das Übergangsvorschriften in Art. 4 Â§ 2 Abs. 1 enthalte, wonach Neufeststellungen auch bei Bestandsrenten vorzunehmen seien. Zudem beziehe sich die Ausschlussregelung in [Â§ 306 SGB VI](#) nur auf Vorschriften des SGB VI und nicht auf andere rentenrechtliche Vorschriften wie z.B. das ZRBG.

Diesen Widerspruch wies die Beklagte mit Widerspruchsbescheid vom 08.07.2003 zurück. [Â§ 306 SGB VI](#) beziehe sich auf alle rentenrechtlichen Vorschriften â auch das ZRBG â und nicht nur auf solche des SGB VI. Auch sei hier die Übergangsvorschrift in [Art. 4 Â§ 2 Abs. 1 WGSVG](#) nicht einschlägig, da sich diese Bestimmung nur auf das WGSVG selbst beziehe, nicht aber auf das ZRBG, welches zwar das WGSVG ergänze, nicht aber Bestandteil des WGSVG sei.

Hiergegen hat der Kläger am 00.00.0000 Klage erhoben.

Der Kläger ist ergänzend der Auffassung, dass Rechtsgrundlage für die von ihm begehrte Neufeststellung seiner Rente [Â§ 48](#) Zehntes Buch Sozialgesetzbuch (SGB X) sei. Dem stehe die Vorschrift des [Â§ 306 SGB VI](#) nicht entgegen, da [Â§ 306 SGB VI](#) eine Ausnahmenvorschrift zu [Â§ 300 SGB VI](#) sei, wobei sich letztere Norm nur auf Vorschriften des SGB VI beziehe. Daraus folge, dass auch [Â§ 306 SGB VI](#) nur Anwendung auf Vorschriften des SGB VI finde, und damit nicht auf das hier in Rede stehende ZRBG. Hierfür spreche auch die Entstehungsgeschichte des ZRBG. Dieses Gesetz habe das Ziel, im Ghetto zurückgelegte Beschäftigungszeiten zur deutschen Rentenversicherung zu berücksichtigen. Dieses Ziel würde aber unterlaufen, wenn solche Bestandsrentner, deren Rentenzahlung auf eigener Beitragszahlung â Nachentrichtung, DP-Lager, freiwillige Beiträge â oder auf der Berücksichtigung von Kindererziehungszeiten beruhe, vom Anwendungsbereich des ZRBG ausgeschlossen seien.

Der Kläger beantragt,

die Beklagte unter Aufhebung des Bescheides vom 09.12.2002 in Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 08.07.2003 zu verpflichten, den Rentenbescheid vom 09.08.1999 in der Fassung des Änderungsbescheides vom 10.07.2001

abzuändern und ihm höheres Altersruhegeld unter Berücksichtigung der Vorschriften des Gesetzes zur Zahlbarmachung von Renten aus Beschäftigungen in einem Ghetto (ZRBG) zu gewähren.

Die Beklagte beantragt,

die Klage abzuweisen.

Die Beklagte hält an der getroffenen Entscheidung fest. Sie ist weiterhin der Ansicht, dass [Â§ 306 SGB VI](#) einen Anspruch auf Neufeststellung der vor Inkrafttreten des ZRBG bereits bestehenden Renten ausschließt.

Im Übrigen wird wegen des weiteren Sach- und Streitstandes auf die Gerichts- und beigezogenen Verwaltungsakten der Beklagten hingewiesen, die Gegenstand der mündlichen Verhandlung gewesen sind.

Entscheidungsgründe:

Die zulässige Klage ist nicht begründet.

Der Bescheid der Beklagten vom 09.12.2002 in Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 08.07.2003 beschwert den Kläger nicht nach [Â§ 54 Abs. 2](#) Sozialgerichtsgesetz (SGG). Diese Bescheide sind rechtmäßig. Der Kläger hat gegen die Beklagte keinen Anspruch auf Neufeststellung seines Altersruhegeldes nach dem ZRBG. Ein solcher Anspruch folgt nicht aus [Â§ 48 Abs. 1 Satz 1 SGB X](#). Danach ist ein Verwaltungsakt mit Dauerwirkung mit Wirkung für die Zukunft aufzuheben, soweit in den tatsächlichen oder rechtlichen Verhältnissen, die bei seinem Erlass vorgelegen haben, eine wesentliche Änderung eingetreten ist. Eine solche wesentliche Änderung in den rechtlichen Verhältnissen ist hier nicht eingetreten. Das ZRBG vom 20.06.2002 stellt keine Rechtsänderung im vorgenannten Sinne dar. Denn nach [Â§ 306 Abs. 1 SGB VI](#) werden aus Anlass von Rechtsänderungen die einer Rente zugrundegelegten persönlichen Entgeltpunkte nicht neu bestimmt, soweit Anspruch auf Leistung einer Rente schon vor dem Zeitpunkt einer Änderung rentenrechtlicher Vorschriften bestand (BSG, Urteil vom 23.05.1995 – [13/4 RA 35/94](#) –).

[Â§ 306 Abs. 1 SGB VI](#) ist hinsichtlich der Vorschriften des ZRBG auch anwendbar. Denn [Â§ 306 SGB VI](#) bezieht sich auf alle rentenrechtlichen Vorschriften und damit auch auf die Vorschriften des ZRBG. [Â§ 1 Abs. 2 ZRBG](#) bestimmt ausdrücklich, dass die Regelungen dieses Gesetzes die rentenrechtlichen Vorschriften des WGSVG ergänzen.

In diesem Zusammenhang folgt nichts anderes aus [Art. 4 Â§ 2 Abs. 1 WGSVG](#). Danach ist auf Antrag die Rente neu festzustellen, wenn aufgrund dieses Gesetzes ein Anspruch auf eine höhere Rente begründet wird. Diese Vorschrift ist in Bezug auf das ZRBG nicht einschlägig. [Art. 4 Â§ 2 Abs. 1](#) bezieht sich nur auf die Vorschriften "dieses Gesetzes", also auf das WGSVG selbst. Das ZRBG ist aber – worauf die Beklagte zu Recht hinweist – nicht Bestandteil des WGSVG; es

ergänzt nach [Â§ 1 Abs. 2 ZRBG](#) nur die Vorschriften des WGSVG. Im Übrigen bezieht sich [Art. 4 Â§ 2 Abs. 1 WGSVG](#) nur auf die am 01.02.1971 in Kraft getretene ursprüngliche Fassung des WGSVG vom 22.12.1970. Diese Übergangs- und Schlussvorschrift hat deswegen weitgehend wegen Zeitablaufs ihre Bedeutung verloren (Verbandskommentar, [Â§ 1 WGSVG](#), Rn. 1).

Letztlich sprechen gegen den Ausschluss des Neufeststellungsanspruchs nach [Â§ 306 SGB VI](#) auch nicht die vom Kläger geltend gemachten systematischen Erwägungen. [Â§ 300](#) und [306 SGB VI](#) sind nicht dahingehend deckungsgleich auszulegen, dass beide Vorschriften nur für Vorschriften des SGB VI und damit nicht für andere Rentenvorschriften wie beispielsweise das ZRBG Anwendung finden. Dagegen spricht bereits der Wortlaut von [Â§ 306 SGB VI](#), der allgemein auf eine Änderung rentenrechtlicher Vorschriften abstellt, während [Â§ 300 Abs. 1 SGB VI](#) ausdrücklich nur auf Vorschriften dieses Gesetzbuches, also des SGB VI Bezug nimmt. Hätte der Gesetzgeber gewollt, dass [Â§ 306 SGB VI](#) einer Neufeststellung von Bestandsrenten nur bei Änderungen der Vorschriften des SGB VI entgegensteht, so hätte er einen anderen Wortlaut von [Â§ 306 SGB VI](#) gewählt, beispielsweise durch die Formulierung "bei Änderung einer Vorschrift des SGB VI".

Die vom Kläger geltend gemachte systematische Auslegung von [Â§ 306 SGB VI](#) verfährt aber auch aus teleologischen Gründen nicht. Zwar trifft es zu, dass [Â§ 306 SGB VI](#) eine Ausnahme von dem "Grundsatz" des [Â§ 300 Abs. 1 SGB VI](#) begründet, wonach das neue Recht vom Zeitpunkt seines Inkrafttretens an auf bestehende Ansprüche für danach beginnende Leistungsabschnitte anzuwenden ist (BSG, Urteil vom 09.04.2002 - [B 4 RA 58/01 R](#) -). Das Regelungsziel von [Â§ 306 SGB VI](#) geht aber nach der Gesetzesbegründung weiter. Danach sollen die für die Feststellung der Rente maßgeblichen persönlichen Entgeltpunkte nicht aus Anlass einer Rechtsänderung jeweils neu bestimmt werden, weil eine solche Neubestimmung schon aus Gründen der Verwaltungspraktikabilität nicht in Betracht kommt ([BT-Drcks. 11/4124, S. 207](#)). Diesem Gesetzeszweck für Verwaltungspraktikabilität, zumal im Rahmen einer Massenverwaltung stünde es aber entgegen, Bestandsrenten nach Maßgabe des ZRBG neu festzustellen. Dies war soweit dies jetzt noch nachvollziehbar ist zumindest auch der Bundesregierung als derjenigen Stelle, von der die Gesetzesinitiative zum ZRBG ausging, bewusst. Dies erklärte sie zumindest auf die kleine Anfrage von Abgeordneten der Fraktion der CDU/CSU in ihrer Antwort vom 08.08.2003 ([BT-Drcks. 15/1475, S. 4](#)): "Soweit durch das ZRBG keine besonderen rentenrechtlichen Regelungen getroffen werden, gelten die allgemeinen Regelungen des WGSVG und des SGB VI. Zu den geltenden Regelungen gehört damit auch die Vorschrift des [Â§ 306 SGB VI](#), die sicherstellt, dass Rechtsänderungen nicht zur Neufeststellung von Bestandsrenten und damit weder zur Rentenminderung noch zu Rentenerhöhungen führen. Eine Änderung des ZRBG mit dem Ergebnis, die Regelung des [Â§ 306 SGB VI](#) nicht mehr anzuwenden, würde zu einer großen Zahl von Antragsanträgen führen, wobei aber nur ein sehr kleiner Teil der Antragsteller mit einem höheren Rentenanspruch rechnen könnte".

Gegen die hier vertretene Auslegung ist einzig der Hinweis des Klägers auf Sinn und Zweck des ZRBG beachtlich, greift aber auch im Ergebnis nicht durch. Der Kläger weist zu Recht darauf hin, dass Bestandsrenten, die allein aufgrund eigener Beitragsleistung (Nachentrichtung) oder aufgrund der Anerkennung von Kindererziehungszeiten geleistet werden, nicht von den neuen Regelungen des ZRBG profitieren. Dadurch finden Beschäftigungen in einem Ghetto, die die Voraussetzungen des ZRBG erfüllen, trotz der hier getroffenen Neuregelungen keine Anerkennung, wenn bereits eine Rente aus nachentrichteten Beiträgen oder Kindererziehungszeiten gezahlt wird. Dies schließt eine gewisse Zahl von Versicherten hinsichtlich der Rentenzahlung aufgrund dieser Beschäftigungen aus. Vordringliches Ziel der Erschaffung des ZRBG war es jedoch, Versicherten, die trotz einer freiwilligen und entgeltlichen Beschäftigung in einem Ghetto gar keine Leistungen erhielten, die Auszahlung einer Rente zu ermöglichen. Dieses Ziel wird auch mit der hier vorgenommenen Auslegung des [Â§ 306 Abs. 1 SGB VI](#) erreicht. Denn im Sinne des Wiedergutmachungsgedankens, den das WGSVG und das ZRBG verfolgen, trifft den oben beschriebenen Personenkreis eine besondere Härte. Denn die von ihnen erlittenen Verfolgungsmaßnahmen werden im Rahmen der schon bestehenden Rentenleistung durch die Anerkennung der Verfolgungszeit als Ersatzzeit gemäß [Â§ 250 SGB VI](#) berücksichtigt (SG Düsseldorf, Urteil vom 30.10.2003 – S 15 RJ 43/03 –).

Schließlich gibt es entgegen der Auffassung des Klägers keinen Grundsatz, dass sich Leistungseinschränkungen im Rahmen einer gesetzlichen Neuregelung nur aus Übergangsvorschriften ergeben können und damit bei fehlenden Übergangsvorschriften stets eine Neufeststellung von Leistungen zugunsten der Versicherten stattfinden müsse. Dies würde dazu führen, dass [Â§ 306 Abs. 1 SGB VI](#) nur dann anzuwenden wäre, wenn sich eine Neuberechnung der Rente zu Ungunsten eines Versicherten auswirken würde. Dies ist jedoch unter Berücksichtigung des eindeutigen Wortlauts der Vorschrift, der Entstehungsgeschichte und des Regelungszwecks nicht der Fall (SG Düsseldorf, a.a.O.).

Die Kostenentscheidung beruht auf [Â§ 183, 193 SGG](#).

Erstellt am: 15.10.2004

Zuletzt verändert am: 23.12.2024